

Heraus zum Hungermarsch!

Vier Millionen marschieren
im Tritt!
Vier Millionen warten auf dich — —
Gehe mit!

Vier Millionen Proleten
werden dich Jäger sein,
in den Polizei-hintern
treten!

Vier Millionen ohne Arbeit,
trauen
unverdächtig Wut hinein!
Vier Millionen ohne Arbeit
vergessen
dich nicht, Jäger! Nein!
Wie freuen die Straßen!

Vier Millionen
marschieren,
trotz Minenwerfer-Schüsse!
Vier Millionen rastieren,
dass man sie wie tolle Hunde heißt!
Arbeitlosen-nossen in der Fabrik!
Vier Millionen marschieren
im Tritt!
Vier Millionen warten auf dich.
Prolet, geh mit!

Sechs Nazis überfallen einen Arbeiter

Von einem Arbeiter wird uns berichtet, dass er am Dienstagabend von sechs Nationalsozialisten auf dem Bismarckplatz überfallen und durch einen Stein in die linke Hand verletzt wurde. Polizeiliche Anzeige ist erstattet.

Da dem Überfallenen bekannt ist, dass der Täter im Lößnitzwohnt, von Beruf Kellner ist und er ihn sofort wiedererkennt, glauben wir annehmen zu können, dass es der Anteil des Volkes gelingt, diesen faschistischen Rovdu (Knecht) hinter Schloss und Riegel zu bringen. Wie bitte? Es muss alles seinen ordentlichen Gang gehen? Ach ja! —

Kreischa, (Brand eines Wohnhauses). In Lomnitz bei Kreischa brannte am Dienstag ein von feinen Wichtelpartien bewohntes Haus zum Teil ab. Die Entstehungsursache ist noch unermittelt.

Der Dresdner Anzeiger hetzt:

Zum Kreuzzug gegen die Sowjetunion

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Zu einer längeren Aufschrift: Der dreißigjährige Krieg des 20. Jahrhunderts" steht für den Dresdner Anzeiger mit dem Fehlzug gegen Moskau und das Antikommunismus. Es war eigentlich klar, dass der Anzeiger beim Gelöch um die Erhaltung christlicher Werte" nicht zuverlässigen konnte, denn es hätte ihm hinter jedes Provinzialknecht gebracht. "Neben mir dem Anteil steht mit dem Bismarckstein", aus einem Mund direkt dieser Schadstoff von Pius bis Deterding und Grimmel, dem Schildknappen der Fraktionen. Der Anzeiger schreibt:

"Es geht eine große Bewegung durch die ganze christliche Welt des Abendlandes, sowie des überwiegenden Weltens, wie eine Bewegung, deren Spur sich gegen Moskau und gegen die unter dem Segel von Moskau in allen Staaten auftauchenden Meinungen und Gedanken richtet."

Es geht eine Bewegung gegen Moskau mit Greueln, Mordkungen, Dokumenten, und Thermenfalschungen, mit Kriegskriegen und Sabotagearten, mit Kommunistenverfolgungen in der ganzen Welt, mit Hamminkelpaktaktionen, Zuchthausparagraphen und Gegenmeissen in allen Kirchen.

Der Welt Jahrtausenden mit dem Blut von Millionen Menschen befiehlt Weihwadel vorbereitet werden soll, weil man sonst einen so großen Widerstand der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern zu gewinnen hat. Nicht verlieren die Arbeiter auch, warum in Preußen 80 Millionen für die Pfaffen ausgegeben werden und das Rostock abgeschafft ist. Jetzt werden die Proleten persönlich, warum leicht in Sachen über den Pfaffen 65 Millionen gegeben werden, obwohl dem bürgerlichen Erwerbsarbeitern und sozialen Arbeitern nichts geschieht. Und jetzt wird auch klar, warum die Reformer in Wunsiedel die Körnerbeschaffungsrechte fordern. Sie wollen mit diesen aus dem antikommunistischen Kriegsstand und mit den Pfaffen auch in der Kirchengemeinde gleichberechtigt sein.

Das Spiel der Kapitalisten um Deterding wurde schon längst durchdrungen, sie werden sich unvorstellbar machen,

Arbeiterstimme

Für Hygienceswindel 750000 Mark, aber für Proletenkinder — nichts!

Die KPD aus den wichtigsten Ausschüssen ausgeschaltet / Herr Frontehet gegen die Sowjetunion

Dresden, den 28. Februar 1930.
In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde gleich ein-gangs der Antrag die Wahl verschiedener Ausschüsse vorgenommen. Genosse Schoppe gab dazu für die Kommunistische Partei eine Erklärung ab und prangte in wütendem Ton die "Demotraje" an, die es nicht duldet, bei der Belebung der Ausschüsse nach dem Prinzip der Demokratie zu verfahren. Wenn es vor dem Krieg zu verzeichnen war, dass das Bürgertum die SPD von den Ausschüssen (den Duntellämmern!) fernzuhalten suchte, so ist es heute im 11. Jahre der deutschen Demokratie Republik ja, das

die Kommunisten aus den Ausschüssen ausgeschaltet werden, weil nur sie sind, die die Interessen der ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung vertreten. Die SPD ist die treue Schmiede kapitalistischer Interessen. Von Roskes Wirkeln bei der Niederholzung der deutschen Revolution bis zu Seewerings Kampf um die Erfüllung eines Aushangsgeleget gegen die Arbeiterschaft ist eine Linie! In dieser Linie liegt auch das

erbärmliche Mandat der Sozialfaschisten im Dresdner Rathaus.

Die Kommunisten und ihre Kontrolle dadurch auszuhalten, indem sie bei den wichtigsten (Siebenen-)Ausschüssen zwei Wahlvorschläge einreichen (Fünsterhulz): "Da wär' ich mir ja vor Kind wiecher, wenn m' o' n' niemanden däb" (!). Die Sozialfaschisten fühlen sich mit den Bürgern allein wohl. Das ist die Linie der Röntgen, die Linie des Berrocks der Arbeiterschaft. Der linke Sozialfascist erklärt hierauf, dass die Kommunisten nicht das revolutionäre Element seien und drohen auch nicht gewählt werden könnten. (!) Die Kommunisten seien keine Arbeitersvertreter, weil sie zur Städteordnungswahl keine Befreiungshandlung mit der SPD eingegangen seien. (!) Das Dresdner Proletariat werde in Zukunft (!) besser von der SPD vertreten (lies: vertragen) werden als das bisher der Fall gewesen sei. (!) Wehr die in die einzelnen Ausschüsse gewählten KPD-Bertrüger veröffentlich! wir noch gesondert eine Ausstellung. Die kommunistische Fraktion forderte in einem Antrag folgendes:

a) denjenigen Gewerkschaften, Sozialräntnern, Kleinrentnern und allen von der Fürsorge Unterhüten, deren Kinder zu Österreich verlassen, eine Beihilfe von 60 RM zu bewilligen,

b) ebenfalls allen Obengenannten eine Beihilfe von 30 RM zu bewilligen, deren Kinder zu Österreich in die Schule aufgenommen werden.

Der Sozialfascist Röntgen begründete und forderte dann Unannehmung eines Ausschusseinfusses, das den Antrag ablehnt. Beier als dieser Sozialfascist konnte sein bürgertlicher Aktivist die "Notwendigkeit" der Ablehnung begründen. Das Fürsorgeamt unterstützte doch schon ausreichend! Mehr fehlt nicht notwendig. Gen. Röntgen trat diesen erbärmlichen Politikanten, die für ihre arbeiterfeindliche Politik vom Dresdner Anzeiger gelobt werden, mit den notwendigen Argumenten entgegen. Die Sozialfascistische Hausfrau Roske erklärte:

"Die Stadt ist genug, und der Antrag ist viel zu spät eingegangen!"

Selbstverständlich stimmte die reaktionäre Front den kommunistischen Antrag ab. Schließlich kannte dieselbe reaktionäre Mehrheit dem Verein zur Verantwortung der Internationalen Hygieneausstellung 1930 durch Übernahme einer Garantie bei einem etwaigen Schlichter einiges handfestendes Maß zu. Der kleine Sozialfascist Röntgen, der es für unmöglich hielt, den Kontrahenten eine Beihilfe zu gewähren, begründete sich diese

beispiellose Art des Hinauswurfs hässlicher Gelder!

Gen. Roske redete mit den Besitzern dieser Ausschüsse gründlich ab. Auf der einen Seite sein Held für Arbeitende Kriegsopfer und Rentner — auf der anderen Seite Hinauswurfen von südlichen Mitteln für eine Ausstellung, die einen anderen — außer der zivilen Abteilung — nicht den Interessen des Proletariats, sondern nur den Interessen der Kapitalisten dient.

Der ehemalige Schuh- und Schuhmühmutter Dr. Röntgen versuchte dann den Kommunisten entgegenzutreten und erinnerte dafür den Beifall des auf der Tribüne anwesenden sozialfascistischen Rollkommandos. Genosse Höbel zeigte das Verhalten der SPD als Symptom der engen Verbundenheit dieser Partei mit dem Finanzkapital und dessen arbeiterfeindlicher Politik auf. Der Vorsteher Sozialfascist Döllrich, versucht durch Hammerklüge mehrfach den Redner abzutropfen, da diese Abrechnung allen Parteien fühllich unangenehm war. Hierauf trat

der sozialfascistische Bürgenbund, Reichsbannerhüpfung und Reichslandheger Krante

auf, um mit der Erschließung authentisches Material gegen die sozialfascistischen Zustände in Reichsland und andere Dinge, von denen er zwar nichts versteht, aber viel gehört, aber im Anzeiger gesehen hat, zu wettern. Das Gutachten wurde schließlich von dem interessierten sozialdemokratisch-bürgerlichen Block angenommen.

Die Antwort wlich die Arbeiterschaft bei den Betriebs-

rätenabnahmen am 22. März erteilte!

Kommunistischer Antrag gegen Angestelltenabnahmen

"Collegium will beschließen, den Rat zu ersuchen, ausschliessliche Anträge von technischen Angestellten beim Hochbeamten zugänglich zu machen."

Der Antrag wurde vom Senatoren Ende eingehend begründet und auf die am Donnerstag vom Vermessungsausschuss entlassenen Angestellten ausgedehnt. Oberst des Büchsenen Spardiensts "Bluthäuse" Ullmann (SPD) erklärte: "Ich erkläre, der Antrag abzulehnen". Die Angestellten haben damit einverstanden" (!!!) Der Antrag wurde dann auch abgelehnt.

Brunner, ein politischer Brunnenbergfänger

Hinter dem fetten Wörtchen "Gehindel" verbirgt die Dresdner Volkszeitung, in der Nacht vom Montag zum Dienstag liegen die Schellen des großen Schaukellers der Volksbuchhandlung Dresden. Wetterspielplatz total verschlossen worden. Die Frage nach den mutmaßlichen Tätern liegen die Redakteure der Volkszeitung offen, schreiben sie doch:

"Ob die „Helden“ politisch verblendet, dumme Jungen oder Idioten sind, wird höchstlich die Untersuchung durch die Polizei feststellen."

Während die "hohen Herren" am Wetterspielplatz keine Hand habe lieben, gegen die Kommunisten zu hetzen, bringt es einer ihrer Zellenkinder leicht, zu erklären: "Das waren nur Kommunisten" Und was ist dieser Helfer der Arbeitsgerichtsberichterstattung Brunner. Wir raten diesem politischen Brunnenbergfänger sehr nachdrücklich, diese Behauptung auch zu beweisen oder — lieber das dumme Geschwätz sein zu lassen...

Rundfunk

Sonnabend den 1. März:

16.30: Wiener Operetten, 18: Funkhörfeststunde, 18.20: Wetterauslage und Zeitangabe, 18.30: Die Förderung der Kultur und Wissenschaft durch die Leipziger Messe, 18.55: Zeitenaufschluss, 19: Militärkonzert, 20: Konzert, 21-22.00: Tanzabend. Während einer Pause: Wetterauslage, Pressebericht, Bekanntgabe des Sonntagsprogramms und Sportnachrichten.

In den Fußstapfen seines „großen“ Vaters

Geforderte Bestrafung von Arbeitern wegen Überstundenverweigerung abgelehnt

Tränenden Augen durfte sich der Oberstaatsanwalt Koch jn., Vorstandsmitglied der Koch u. Sterzel AG, der Erzählungen seines Vaters erinnern, n. a. dass in der Vorriegszeit der Chef allein bestimmend in seinem Betrieb war. Was er anordnete, war maßgebend, lästige Betriebsratsfeste konnten keinen Strich durch die gegebenen Anordnungen machen. Wenn sich auch heute an diesem Ju-

hundertjährigen Einstellung der reformistischen Betriebsräte

nicht viel geändert hat, so führt der Nachfolger eines großen Vaters ab und zu dennoch auf Schwierigkeiten. Am 4. Januar 1930 waren mit Zustimmung des Betriebsrates 70 Arbeiter entlassen worden. Zut an diesem gleichen Tage forderte nun die Betriebsleitung die Entlastung zwangsweise Strafe, dass zwei Werktagsarbeiter zwecks Wiederaufnahme einer Werktagsausgabe Überstunden lehnen sollten. Der Betriebsrat lehnte die Entlastung hierzu selbstverständlich ab.

Die beiden Arbeiter weigerten sich ebenjallo, länger zu arbeiten, und wurden daraufhin in eine "Ordnungsstrafe" von je 2 Mark genommen.

Ob nun Herr Koch jn. die Sollverhältnisse dieser Anordnung jellt

einsah, oder ob er sich der Lächerlichkeit seines Vorgehens bewusst wurde, wissen wir nicht, jedenfalls rückte er das zurückgeholtene Geld wieder heraus. Gleichzeitig erinnerte er sich aber auch der wertvollen Hilfe der Arbeitsgerichte.

Er verlangte von dieser Stelle die fehlende Zustimmung zur Bestrafung der Arbeiter

und stützte sich bei seiner Klage auf die Arbeitsordnung vom 11. Mai 1929. Dem Bürgerlichen Richter Dr. Weinhold mischte er sich allerdings jogen lassen, dass dieses Beginnen verfehlt sei. Zum Teil ist nämlich die angeogene Arbeitsordnung gänzlich als der Tarif. Sofort notierte sich der Oberstaatsanwalt Koch jn. diese "Ungeachtlichkeit". Er wird wohl nun gleich dem Betriebsrat "Verbesserungs"-Vorschläge unterbreiten, damit er in Zukunft die Möglichkeit hat, ohne Zustimmung des Betriebsrates Überstunden zu fordern und Bestrafungen auszuüben zu können.

Ihm diese Suppe gehörig zu verjagen, ist die Aufgabe der revolutionären Arbeiterschaft.

Forum kann und darf die Rolle zur Betriebsrätewahl ausüben:

Alle Stimmen den sozialen Massen!